Protokoll Nr. 33 (2015-2019)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Schwachhausen am 27.09.2018 in der Aula der Grundschule an der Freiligrathstraße

Beginn: 19:30 Uhr Ende: 22:00 Uhr

Anwesend waren:

a) vom Beirat	Maike Baasen	Christian Carstens
	Hela Dumas	Gudrun Eickelberg
	Jens Ulrich Fischer	York Golinski
	Almut Haker	Mario Hasselmann
	Jiri Kostka	Stefan Pastoor
	Gabriele Schmidt	Barbara Schneider
	Maximilian Thieme	Dr. Hans-Peter Volkmann
b) vom Ortsamt	Dr. Karin Mathes	
	Thomas Berger	
c) Gast	Thorsten Resch (Amt für Straßen und Verkehr (ASV))	
	Staatsrat Jens Deutschendorf (SUBV)	
	Frau Knorr, Herr Mosler (Verein zur Förderung des Figurentheaters e.V.)	

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll Nr. 32 der Beiratssitzung am 27.06.2018 wird ebenfalls angenommen.

TOP 1: Bürgeranträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Ein Vertreter aus der Elternschaft der Grundschule Freiligrathstraße beklagt, dass die Planungen für den Bau einer Kindertageseinrichtung bereits weit fortgeschritten seien, um noch Änderungen zu erreichen.

Frau Dr. Mathes erwidert, dass sowohl die Grundschule als auch der Beirat in die bisherigen Planungen einbezogen worden seien.[1] In der Tat seien diese bereits weit fortgeschritten, eine Einflussnahme zum jetzigen Zeitpunkt werde schwierig sein.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes weist zunächst darauf hin, dass Lasse Kues die Stelle eines Freiwilligen im Sozialen Jahr Politik übernommen habe.

Herr Kues stellt sich kurz vor.

Anschließend berichtet Frau Dr. Mathes, dass seitens des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV) eine Antwort auf den Beiratsbeschluss „Städtebauliche Qualität von Schwachhausen erhalten“ vom 24.05.2018 vorliege.[2] Sie zitiert aus dem Schreiben:

> „Diese Ausführungen zeigen, dass die mit qualifizierten Bebauungsplänen verknüpften Erwartungen des Beirats zum Erhalt des Bestandes, zur Sicherung der architektonischen Qualität

[1] Die Planungen wurden auf einer gemeinsamen Sitzung der Fachausschüsse „Bildung, Jugend und Sport“ und „Integration, Soziales und Kultur“ am 21.06.2018 vorgestellt, siehe unter Protokoll Nr. 20 (gemeinsame Sitzung mit dem Fachausschuss I-S+K und in der Anlage GS Freiligrathstraße, Außenraumplanung .

[2] Der Beschluss des Beirats vom 24.05.2018 „Städtebauliche Qualität von Schwachhausen erhalten – baurechtliche Festsetzungen überarbeiten und weiterentwickeln“ findet sich unter SPD-Antrag Stadtentwicklung . Die Antwort des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr vom 30.07.2018 ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

und der Bewahrung des Charakters von Schwachhausen kaum erfüllt werden können. Auch vor dem Hintergrund der bestehenden Kapazitäten der Behörde kann der o.g. Aufforderung des Beirats Schwachhausen nicht nachgekommen werden."

TOP 2: Einführung von Tempo 30 vor Schulen, Kindergärten und sozialen Einrichtungen

Frau Dr. Mathes berichtet eingangs, dass dem Beirat Schwachhausen eine Anhörung vorliege, vor neun Einrichtungen in Schwachhausen Tempo 30 einzuführen.[3]

Herr Resch stellt an Hand einer Präsentation die geplanten Maßnahmen in Schwachhausen vor.[4] Er macht deutlich:

- Die erleichterten Tempo-Reduzierungen kämen Kindergärten, Kindertagesstätten, allgemeinbildenden Schulen, Förderschulen, Alten- und Pflegeheimen und Krankenhäusern zu Gute;
- in Ausnahmefällen (negative Auswirkungen auf den ÖPNV, Verkehrsverlagerungen in Wohnnebenstraße) könne auf die Ausweisung verzichtet werden;
- die Ausweisung beschränke sich auf den unmittelbaren Bereich der Einrichtungen und betrage höchstens 300 m. Orientierungspunkte seien die Hauptzugänge der Einrichtungen;
- in Bremen seien 761 Einrichtungen ausgemacht worden, für die die Neuregelung in Frage komme. Hiervon lägen 583 an Straßen, die bereits in der Geschwindigkeit verringert seien („Stufe 0"). 71 Einrichtungen befänden sich jetzt im Anhörungsverfahren, da bei ihnen keine negativen Auswirkungen auf den ÖPNV zu erwarten seien („Stufe I"). Für 107 Einrichtungen müssten weitere Prüfungen erfolgen („Stufe II");
- in Schwachhausen entfielen 41 Einrichtungen auf Stufe 0, neun auf Stufe I – für diese finde jetzt die Anhörung statt – und weitere sechs auf Stufe II.

Auf Nachfragen erwidert Herr Resch:

- Das ASV werde den Hinweis, dass die Kindertageseinrichtungen „Kauderwelsch", „Hansestrolche" und „Villa Pavenstedt" in der Liste für Stufe I fehlten, in die weitere Prüfung aufnehmen;
- die mit Stufe II verbundenen Prüfungen müssten zum kommenden Jahreswechsel abgeschlossen sein, so dass sie zur Anhörung dann dem Beirat vorgelegt werden könnten;
- er gehe davon aus, dass die Geschwindigkeitsreduzierungen im niedersächsischen Umland bereits weitgehend abgeschlossen seien;
- es werde lediglich Tempo 30 angeordnet. Auf weitere Beschilderungen wie Hinweise zum Grund der Geschwindigkeitsreduzierung oder zeitliche Beschränkungen werde zur besseren Orientierung der Kfz-Führer*innen verzichtet;
- die Neuregelung biete keine Grundlage, in bereits bestehenden Tempo 30-Zonen weitere ergänzende Maßnahmen vor sozialen Einrichtungen vorzunehmen;
- Geschwindigkeitsbeschränkungen müssten verhältnismäßig angeordnet werden;
- Kinderspielplätze und Sportplätze würden von der Neuregelung nicht erfasst;
- mit einer Umsetzung der Maßnahmen aus Stufe I sei noch in diesem Jahr zu rechnen, soweit nicht zusätzliche Prüfungen erfolgen müssten.

Sodann stellt Herr Resch die einzelnen geplanten Maßnahmen in der Hermann-Böse-Straße (Hermann-Böse-Gymnasium, Kitas „Punch & Judy" und „The Toddlers"), am Schwachhauser Ring (Kita „Kinderräume GbR") und in der Schwachhauser Heerstraße (Kippenberg-Gymnasium, Kitas „Martha-Goldberg", „Hagenunu" und „Gitotondo" sowie „Seniorenresidenz Landhaus Horn") vor.[5] Dabei weist er für die Hermann-Böse-Straße und die Schwachhauser Heerstraße darauf hin, dass sich die Straßenbahn auf einem eigenen Bahnkörper bewege und deshalb von den

[3] Die Anhörung zur Einführung von Tempo 30 vor mehreren Schwachhauser Einrichtungen ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt
[4] Die Präsentation ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.
[5] Der Plan für das Hermann-Böse-Gymnasium-Gymnasium (Hermann-Böse-Straße) ist als **Anlage 4a** diesem Protokoll angefügt, der Plan für die Kitas „Punch & Judy" sowie „The Toddlers" (Hermann-Böse-Straße) als **Anlage 4b**, der Plan für die „Stiftungsresidenz Landhaus Horn" und die Kita „Hagenunu" (Schwachhauser Heerstraße) als **Anlage 4c**, der Plan für das Kippenberg-Gymnasium und die Kita „Martha Goldberg" (Schwachhauser Heerstraße) als **Anlage 4d**, der Plan für die Kita „girotondo" (Stichstraße zur Schwachhauser Heerstraße) als **Anlage 4e** und der Plan für die Kita „Kinderräume" (Schwachhauser Ring) als **Anlage 4f**.

Geschwindigkeitsreduzierung ausgenommen sei. Auf die Busse und Straßenbahnen habe das ASV keinen Einfluss, diese unterlägen der Aufsicht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr. Für die Kita „Girotondo“ werde zunächst Tempo 30 angeordnet. Sobald die Bautätigkeit für den Wohnpark Schwachhauser Heerstraße abgeschlossen sei, werde dort das Schild „Spielstraße“ aufgestellt.

Herr Dr. Spielvogel (Hermann-Böse-Gymnasium) und Frau Rotgeri-Nunnemann (Stiftungsresidenz Landhaus Horn) stellen fest, dass eine Geschwindigkeitsreduzierung auch für die Busse und Straßenbahnen notwendig sei.

Auf Vorschlag von Herrn Thieme kommt der Beirat einstimmig überein, für das Hermann-Böse-Gymnasium und das Kippenberg-Gymnasium den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr aufzufordern dafür Sorge zu tragen, dass Busse und Straßenbahnen in beiden Fahrtrichtungen ebenfalls in der Geschwindigkeit vermindert werden. Den gleichen Vorschlag für das Landhaus Horn befürwortet der Beirat mit neun Ja-Stimmen bei fünf Enthaltungen.

Auf Vorschlag von Herrn Fischer verständigt sich der Beirat einstimmig darauf, dass die Geschwindigkeitsreduzierung vor dem Kippenberg-Gymnasium stadteinwärts erst nach der Lichtsignalanlage an der Straßenbahnhaltestelle St. Joseph-Stift enden solle.

TOP 3: Erhöhung der Sicherheit auf der Fahrradstraße Parkallee zwischen Friedenstunnel und Am Stern

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass zu diesem TOP Staatsrat Jens Deutschendorf anwesend sei und die Fraktion Die Grünen einen Antrag vorgelegt habe.[6]
Die Ausgestaltung der Fahrradstraße Parkallee im Abschnitt zwischen Friedenstunnel und Am Stern werde seit 2013 diskutiert. Gegenwärtig liege eine neue Anhörung vor, über die der Fachausschuss „Verkehr“ kein Einvernehmen erreicht habe.[7] Sie erinnert daran, dass SUBV zur Sitzung des Fachausschusses am 13.12.2017 den Vorschlag vorgelegt habe, die Fahrradstraße aufzuheben und stattdessen einen Schutzstreifen einzurichten.[8] Hiergegen habe sich deutlicher Unmut der Anwohner*innen geregt,[9] woraufhin sich der Beirat darauf verständigt habe, einen Runden Tisch einzusetzen. Dieser habe am 12.03.2018 getagt und einen Vorschlag erarbeitet, der sich in der vorliegenden Anhörung aber nicht wiederfinde.[10]

Herr Deutschendorf macht deutlich, dass der in Rede stehende Teil der Parkallee Teil der wichtigen Radverbindung Innenstadt-Universität sei. Diese Route werde seit 2011 diskutiert und sei Teil des Verkehrsentwicklungsplans (VEP) geworden. Die von einer Radroute zu erwartenden Qualitäten seien gegenwärtig noch nicht gegeben, würden aber Stück für Stück weiter erarbeitet. Die Fahrradstraße in der Parkallee solle nach Ansicht von SUBV erhalten, aber die Sicherheit für die Radfahrenden erhöht werden. Nach dem Runden Tisch habe SUBV die dort gefundene Lösung neu bewertet und sei dabei zu dem Ergebnis gekommen, dass eine linksseitige Parkanordnung für Radfahrende ein weiteres Risikopotential darstelle. Es werde deshalb vorgeschlagen,

- die Fahrbahn auf einer Breite von drei Metern rot einzufärben, um die Fahrradstraße für alle Verkehrsteilnehmer*innen zu verdeutlichen;
- die Parkanordnung unverändert zu belassen und
- dies zeitnah umzusetzen.

Er bedauere, dass dieser Vorschlag nicht dem Ergebnis des Runden Tisches entspreche.

Herr Pastoor stellt fest, dass der Runde Tisch einen Vorschlag erarbeitet habe, der mehr Parkplätze in der Parkallee schaffen würde. Dies wäre eine Entlastung für die dortigen Anwohner*innen und die Gewerbetreibenden. Der Vorschlag, der jetzt vorliege, sei nicht mit den

[6] Der Antrag der Fraktion Die Grünen ist als **Anlage 6** diesem Protokoll angefügt.
[7] Der Fachausschuss „Verkehr“ hatte am 10.09.2018 über diese Anhörung beraten, ohne zu einem einstimmigen Ergebnis zu gelangen, siehe im Protokoll Nr. 26 unter TOP 3 sowie die Anlagen Parkallee - Anhörung zur Fahrradstraße (pdf, 105.7 KB) und Parkallee - Plan zur Anhörung.
[8] Siehe hierzu in Protokoll Nr. 20 unter TOP 1.
[9] Siehe im Protokoll Nr. 28 der Beiratssitzung am 25.01.2018 unter TOP 1 sowie in der Anlage Unterschriftenliste Parkallee .
[10] Für die Ergebnisse des Runden Tisches siehe unter Parkallee - Vermerk zum Runden Tisch am 12.03.2018 (pdf, 153.1 KB).

Anwohner*innen diskutiert worden. Deshalb beantrage er, einen weiteren Runden Tisch anzuberaumen und dies nachzuholen. Eine Roteinfärbung der Fahrbahn zur Verdeutlichung der Fahrradstraße unterstütze er.
Herr Dr. Volkmann schließt sich diesem Vorschlag an. Er habe kein Verständnis für das Hin und Her zwischen verschiedenen Lösungen. Es gehe hier nicht nur um die Sicherheit der Radfahrenden, sondern auch um die Interessen der Anwohner*innen, der Gewerbetreibenden, der Radfahr-Anfänger*innen und von Kindern. Der Runde Tisch habe eine „schöne Lösung" vorgelegt, die auch mehr Stellplätze garantiere. Das Argument, dass diese Lösung ein höheres Risiko für Radfahrende berge, trage nicht, da in jeder Einbahnstraße genau diese Situation bestehe und funktioniere. Hingegen sei Sicherheit gegeben, wenn der Radweg nicht aufgehoben werde. Seine Fraktion mache sich deshalb für eine Lösung stark, die das Ergebnis des Runden Tisches umsetze und die Radwege beibehalte.
Herr Hasselmann unterstützt ebenfalls die am Runden Tisch erarbeitete Lösung. Die Fahrradstraße werde beibehalten und gleichzeitig entständen neue Stellplätze. Alle müssten Rücksicht aufeinander nehmen. Es gehe auch nicht an, die Autofahrenden einseitig zu verteufeln. Er begrüße es, wenn auf die Anwohner*'innen nochmals zugegangen werde.

Herr Deutschendorf hält fest, dass in der Parkallee ein Konfliktpotential bestehe, das möglichst schnell behoben werden müsse. Der mit der Anhörung vorgelegte Vorschlag verteufele nicht Autofahrer*innen, sondern setze eine Fahrradstraße mit der notwendigen Sicherheit um. Der ursprüngliche Auftrag, eine Fahrradstraße zu schaffen, habe nicht beinhaltet, auch zusätzliche Stellplätze zu schaffen. Der Unterschied zu einer Einbahnstraße liege darin, dass in der Fahrradstraße ein wesentlich höheres Verkehrsaufkommen bestehe.

Zwei Anwohner aus der Parkallee unterstreichen, dass die Fahrradstraße nie wie beschlossen umgesetzt worden sei. Der Runde Tisch habe eine Lösung erarbeitet. SUBV habe zu dieser Lösung beigetragen, wolle aber jetzt nichts mehr von dieser Lösung wissen. Die Anwohner*innen befürworteten die Fahrradstraße, ihre Beteiligung werde aber nicht ernstgenommen. Wenn an der am 12.03.2018 erarbeiteten Lösung Mängel beständen, dann könnten diese besprochen werden. Dies sei aber bislang nicht erfolgt. Im Grunde müsse ein weiterer Runder Tisch nochmals für eine gemeinsame Lösung zusammenkommen.

Herr Carstens äußert, dass der Durchgangsverkehr in der Parkallee von Anfang an zu wenig beachtet worden sei. Untersuchungen zu Fahrradstraßen machten deutlich, dass eine enge Führung der Fahrbahn deren Sicherheit erhöhe, ebenso wie Parken auf der linken Fahrbahnseite.
Frau Schneider betont, dass es um Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer*innen gehe. In der Parkallee sei der Fahrradverkehr nachweislich vorherrschend, während ein Mehr an Parkplätzen nie in Rede gestanden habe. Sie könne den Unmut der Teilnehmer*'innen am Runden Tisch nachvollziehen. Es sei wichtig, Lösungsvorschläge zu erklären und zu erörtern. Die Entscheidungen würden aber in den gewählten Gremien gefasst werden. Sie gehe davon aus, dass die Roteinfärbung, breitere Stellflächen und ein Breitstrich zur Trennung von Fahrbahn und Parkzone die Fahrradstraße sicherer machten.

Herr Saxe (Mitglied der Bremischen Bürgerschaft) verdeutlicht, dass in Bremen in der Fahrradstraße Autos zulässig seien, dass aber links und rechts der Fahrbahn aufgehende Autotüren für Radfahrende ein erhebliches Risiko darstellten. Eine Fahrradstraße werde durch Fahrräder geprägt und nicht durch Kfz. Filmaufnahmen machten deutlich, dass in der jetzigen Situation in der Parkallee Kfz vielfach zu nah auf die Radfahrenden aufführen. Der mit der Anhörung formulierte Vorschlag sei bereits ein Kompromiss, der Kfz nicht verteufele. Augenblicklich bestehe zwischen den verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen keine gleichberechtigte Situation, für den Kfz-Verkehr werde deutlich mehr aufgewendet als für den Radverkehr.

Frau Eickelberg weist darauf hin, dass in der Parkallee die notwendigen Maßnahmen zur Sicherung des Radverkehrs nie umgesetzt worden seien. Zur Sicherheit der Radfahrenden müssten auch die Radwege zurückgebaut werden. Frau Eickelberg trägt sodann den Antrag ihrer Fraktion vor.
Herr Thieme sieht in der vorgeschlagenen Roteinfärbung eine klare Lösung, während er davon ausgeht, dass ein Parken am linken Fahrbahnrand wiederum die Bäume auf dem Mittelstreifen

gefährde. Er macht deutlich, dass die Lösung auch dazu passen müsse, dass dieses Quartier durch eine Erhaltungssatzung zusätzlich geschützt sei.

Frau Schmidt betont, dass es legitim sei, dass die Behörde über den eigenen Vorschlag neu nachdenke und zu einem anderen Ergebnis komme. Der beim Runden Tisch erarbeitete Vorschlag stelle ihres Erachtens keinen Kompromiss dar. Sie begrüße einen erneuten Runden Tisch, dessen Grundlage müsse aber die angestrebte Radroute und die Erhöhung der Sicherheit für Radfahrende sein.

Eine weitere Anwohnerin berichtet, dass die jetzige Gestaltung der Fahrradstraße den Kfz nicht ausreichend deutlich mache, dass sie in einer solchen seien. Außerdem empfinde sie ein linksseitiges Parken als extrem gefährlich.

Frau Dr. Mathes hält abschließend fest, dass die Kommunikation seitens SUBV im vorliegenden Fall ausgesprochen schlecht gewesen sei. Angesichts des schwierigen Diskussionsprozesses schlage sie vor, einen weiteren Runden Tisch einzuberufen, der eine mehrheitsfähige Lösung erarbeiten solle. Dieser Runde Tisch solle von SUBV organisiert werden.

Diesem Vorschlag schließt sich der Beirat einstimmig an.

Die Fraktion der Grünen zieht ihren Antrag zurück.

TOP 4: Stadtteilbudget: Baumschutz in der Donandtstraße

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass zahlreiche Bäume in der Donandtstraße zwischen Georg-Gröning-Straße und Schwachhauser Heerstraße Anfahrschäden aufwiesen. Nach dem „Parkraumgutachten Schwachhausen“ habe im Fachausschuss „Verkehr“ Einvernehmen bestanden, hier den Baumschutz durch eine Neuordnung des Parkverhaltens zu verbessern und dies aus dem Stadtteilbudget zu finanzieren.[11] Nach Ortsterminen mit dem ASV habe dieses drei Varianten vorgelegt, von denen der Fachausschuss „Verkehr“ zwei einer Anwohnerversammlung am 27.08.2018 vorgelegt habe. Die dort anwesenden Anwohner*innen hätten sich einstimmig für Variante 1 ausgesprochen, weil diese eine größere Fahrbahnbreite für Begegnungsverkehre zwischen Kfz und Fahrrad biete und die Donandtstraße Schulweg sei. Der Fachausschuss habe sich bereits zu Beginn dafür ausgesprochen, den Baumschutz durch Metallbügel zu gewährleisten.[12]
Variante 1 sehe rechts Parken auf der Fahrbahn und links voll aufgesetztes Parken vor (Fahrtrichtung Schwachhauser Heerstraße). Dies beinhalte 39 Kfz-Stellplätze und eine Fahrbahnbreite von 4,05 m. Kosten entständen in Höhe von etwa € 13.530. Im Wesentlichen handele es sich hierbei um eine Ordnung der jetzigen Situation.
Variante 2 sehe beidseitig aufgesetztes Parken vor. Dies böte 48 Kfz-Stellplätze und beließe eine Fahrbahnbreite von 3,15 m. Diese Maßnahme würde € 22.990 kosten.

Herr Pastoor macht deutlich, dass diese Anwohnerversammlung gezeigt habe, wie wichtig Bürgerbeteiligung sei. Herr Dr. Volkmann und Herr Thieme schließen sich dieser Einschätzung an.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Mathes befürwortet der Beirat einstimmig die Umsetzung der Variante 1 mit Baumschutzbügeln aus Metall und deren Finanzierung aus dem Stadtteilbudget.

TOP 5: Globalmittelvergabe – 2. Runde 2018

Herr Dr. Volkmann trägt den Beschlussvorschlag vor, auf den sich der Fachausschuss „Globalmittel und Koordinierung“ geeinigt hat.[13] Der Fachausschuss schlage vor, den Globalmittelantrag „Durchführung eines Schülerworkshops zur Innenraumgestaltung an der

[11] Für das Parkraumgutachten
siehe unter http://www.bmo-stadtundverkehr.de/SchwachhausenParken/Beirat_Schwachh_Parkgutachten_Protokollversion_28-09-2017_mit_Zusatzfolien.pdf.
[12] Der Fachausschuss „Verkehr“ hatte am 25.06.2018 die vom ASV vorgelegten Varianten und Kostenschätzungen erörtert – siehe im Protokoll Nr. 25 unter TOP 3 sowie Anlage Stadtteilbudget Donandtstraße – und sich darauf verständigt, zunächst eine Anwohnerversammlung anzuberaumen. Der Vermerk zur Anwohnerversammlung findet sich unter Protokoll der Anwohnerversammlung am 27.08.18 .
[13] Die Liste der Globalmittelanträge in der beschlossenen Fassung ist als **Anlage 5** diesem Protokoll angefügt.

Schule“ der Grundschule Baumschulenweg abzulehnen. Ein Antrag sei zurückgezogen worden und zu dem Antrag des Vereins zur Förderung des Figurentheaters e.V. „Theaterprojekt ‚Die Glucke und ihre Küken‘ in Kooperation mit dem Focke-Museum“ bestehe noch Beratungsbedarf.

Der Beirat verständigt sich darauf, zunächst die Anträge 16-27 und 29 en bloque abzustimmen: Der Beirat stimmt diesen einstimmig zu.

Anschließen wird der Antrag 28 gesondert beraten. Frau Dr. Mathes stellt fest, dass die für den Globalmittelantrag „Theaterprojekt ‚Die Glucke und ihre Küken‘ in Kooperation mit dem Focke-Museum“ aufgelisteten Kosten nicht nachvollziehbar seien.
Herr Mosler und Frau Knorr erläutern, dass es sich um Honorarkosten für eine Schreibwerkstatt mit Migrant*innen und für Aufsichtspersonal des Focke-Museums handele, sowie die Auslagen für den Bau eines Bühnenbildes und der Puppen.

Frau Dr. Mathes nimmt den Vorschlag von Herrn Carstens auf, die Kosten für das Bühnenbild und die Puppen in Höhe von € 1.500 zu übernehmen, und ergänzt dies durch die Festlegung, dass die Puppen nach Projektende im Focke-Museum verbleiben sollen.

Diesem Vorschlag stimmt der Beirat bei vier Enthaltungen und damit einstimmig zu.

TOP 6: Verschiedenes

Es liegt nichts vor

Sprecherin	Vorsitzende	Protokoll
Schneider	Dr. Mathes	Berger